



## Dr. med. Peter Liese

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

KOORDINATOR (SPRECHER) DER EVP-FRAKTION IM AUSSCHUSS FÜR UMWELTFRAGEN,  
VOLKSGESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT  
MITGLIED DES CDU-BUNDES-VORSTANDS

18.06.2016/db

### **Statement von Dr. Peter Liese: "Aktuelles aus dem Europäischen Parlament" Fusionsbezirksverbandstag der KAB HSK und Hamm-Soest-Unna**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich ganz besonders über die Einladung zu Ihrem außerordentlichen Bezirksverbandstag. Ich glaube, dass so ein Zusammengehen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Hochsauerland und Hamm-Soest-Unna, neben Synergie-Effekten in der Verbandsstruktur, auch zu einer besseren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit für die Ziele der KAB führen wird. Eintreten für soziale Gerechtigkeit ist gerade in Zeiten, wo ein auseinanderdriften der Gesellschaft droht und Spannungen und Differenzen, beispielsweise in Fragen der Flüchtlingspolitik zunehmend auch mit Diffamierungen und sogar Angriffen auf Menschen ausgetragen werden, richtig und wichtig. Die KAB setzt sich seit ihrer Gründung in der Mitte des 19. Jahrhunderts für sozialpolitische Reformen ein und bezieht sich dabei auf christliche Grundwerte. Dieser Einsatz wird auch weiterhin gebraucht, in Deutschland, aber auch in Europa, denn die Zeiten sind sehr ernst. Wir müssen uns leider an vielen Stellen Sorgen um unser Land und unseren Kontinent machen. Dazu später mehr.

Herr Schulte hat mich gebeten auch auf die Frage einzugehen, wie Europa konkret in unserer Region vor Ort sichtbar wird. Im Kreis Soest, im Hochsauerlandkreis und auch in den Städten Hamm und Unna und da gibt es viele positive Beispiele. Vielleicht am besten greifbar ist die Förderung von Projekten im Rahmen des europäischen Regionalfonds EFRE. Die sogenannten Ziel 2-Mittel helfen Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, indem zum Beispiel innovative Technologie gefördert wird. Da Südwestfalen meine Wahlregion ist, aber ich hier die konkreten Zahlen. Im Kreis Soest sind in der letzten Förderperiode bis 2013 27 Millionen Euro geflossen. Das wichtigste Projekt ist dabei das KFE (Kompetenzzentrum Fahrzeug-Elektronik) in Lippstadt, indem die Automobilzuliefer-Industrie, z.B. Hella oder BHTC sich gemeinsam auf die Herausforderung der Elektromobilität vorbereiten. Im Hochsauerlandkreis sind insgesamt Projekte für 11 Millionen Euro gefördert worden. Besonders spannend finde ich die Projekte im Bereich des Tourismus. So wurde z.B. der Rothaarsteig durch EU-Projekte aufgewertet. Ein Beispiel aus dem Kreis Unna ist das Projekt "Starke Familien und Unternehmen im Kreis Unna" bei dem es um die Förderung von Familienfreundlichkeit in kleinen und mittelgroßen Unternehmen ging. Ein Aspekt war die Wiedereingliederung von Beschäftigten im Anschluss an die Elternzeit.

Im Bereich der Stadt Hamm kann man das Projekt Kultur- und Bildungszentrum "Heinrich-von-Kleist-Forum " nennen, als erster und wichtigster Baustein zur Revitalisierung des Bahnhofsquartiers der City West in Hamm, oder ein Projekt der Hochschule Hamm-Lippstadt wo es um die Entwicklung von Technologien zur Produktion von elektrischen Leistungskomponenten für die Elektromobilität ging.

Ein Thema was uns in den letzten Jahren in dem Zusammenhang beschäftigt hat, ist die Förderkulisse. Bis vor einigen Jahren konnten aus diesem Programm nur Projekte im Ruhrgebiet gefördert werden. Seit 2007 werden in ganz Nordrhein-Westfalen Ausschreibungen gemacht und es wird nach der Qualität der Vorschläge entschieden. Dies könnte man auf den ersten Blick als einen Nachteil für das Ruhrgebiet ansehen. Ich glaube unter dem Strich ist es aber ein Vorteil für uns alle, denn am Beispiel der Fachhochschule Hamm-Lippstadt kann man zeigen, dass das Ruhrgebiet und die Region Südwestfalen zusammenarbeiten und das dann etwas Gutes dabei raus kommt. Wenn die besten Köpfe zusammenkommen, können wir gute Ideen entwickeln und uns z.B. im Wettbewerb gegenüber China besser durchsetzen. Viele Firmen aus Südwestfalen arbeiten mit Universitäten im Ruhrgebiet zusammen und viele Unternehmen aus dem Ruhrgebiet arbeiten mit den Fachhochschulen, z.B. der Fachhochschule Südwestfalen oder der Fachhochschule Hamm-Lippstadt zusammen. Um das noch besser deutlich zu machen, wir sind ja in der Zeit der Fußballeuropameisterschaft, ein Beispiel aus dem Fußball. Borussia Dortmund ist der stärkste Fußballverein in Nordrhein-Westfalen, sorry für alle Schalke-Fans, ich bin Fan des 1 FC Köln und deswegen fällt es mir leicht anzuerkennen, dass Dortmund nun einmal in den letzten Jahren besser gespielt hat. Dortmund wäre aber nicht so stark, wenn es nur Spieler aus dem Ruhrgebiet hätte. Nuri Şahin z.B. ist in Lüdenscheid geboren und im Märkischen Kreis aufgewachsen. Hans-Joachim Watzke kommt aus Marsberg und ohne ihn stände der BVB sicherlich nicht da wo er jetzt steht.

Das heißt, wenn das Ruhrgebiet und Südwestfalen zusammen arbeiten, kommt etwas Gutes dabei raus und das sieht man ja auch der Zusammenarbeit der KAB.

Ich habe die Konkurrenz mit China erwähnt und deswegen muss ich natürlich auch ein anderes wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ansprechen. Die Industrie in Europa, in Deutschland und auch bei uns vor Ort steht unter großen Druck durch Billigimporte aus China. Dieses Thema beschäftigt uns in Brüssel und es beschäftigt mich auch bei meinen Gesprächen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern in unsere Region. In China wird nicht nur durch die geringeren Lohnkosten billiger produziert. Es wird auch mit unfairen Praktiken gehandelt. Teilweise zahlen Unternehmen für den Transport ihrer Produkte kein Geld. Energie wird subventioniert, teilweise sogar kostenlos zur Verfügung gestellt und es gibt Exportsubventionen. Dies hat dazu beigetragen, dass etwa die gesamte Überproduktion der chinesischen Stahlindustrie doppelt so hoch ist wie die Gesamtproduktion der Stahlindustrie in Europa - mit allen dramatischen Folgen für Arbeitsplätze in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen. Hier muss die EU energisch vorgehen. Das ist rechtlich nicht einfach, aber politisch muss klar sein, dass wir unfaire Geschäftspraktiken nicht tolerieren und unsere Industrie und damit unsere Arbeitsplätze schützen. Natürlich müssen wir auch in einer solchen Situation sehr genau hinsehen, welche Belastungen wir durch nationale und/oder europäische Gesetze der Industrie auferlegen, aber wir müssen vorsichtig sein mit Übertreibungen. Die Stahlindustrie hat sich kürzlich über die Belastungen des europäischen Emissionshandels für den Klimaschutz beklagt. Intern geben die Gesprächspartner zu, dass das Problem mit China viel gravierender ist und natürlich auch existieren würde, wenn es überhaupt keinen europäischen Klimaschutz gäbe. Hinzu kommt, dass bis zum heutigen Tage und bis zum Jahre 2020 die Stahlindustrie am Emissionshandel de facto Geld verdient. Also müssen wir auch hier die Sorgen ernst nehmen, dürfen aber nicht jeder Übertreibung auf den Leim gehen.

Damit wäre ich beim Thema Klima- und Umweltschutz. Ich habe gelesen, dass sich die KAB im Bezirksverband Hamm-Soest-Unna kürzlich intensiv mit der Enzyklika *Laudato si'* des Papstes beschäftigt hat. Etwa vor einem Jahr ist diese Enzyklika

herausgekommen und ich habe mich sehr darüber gefreut. Ich schätze Papst Franziskus als einen Kämpfer für die Armen und jemanden der die Kirche so richtig auf Trab bringt. Er kennt keine Tabus und sagt das, was gesagt werden muss. Das gilt auch für die Umweltpolitik. Er hat uns drastisch vor Augen geführt, welche schrecklichen Konsequenzen es hat, wenn wir z.B. mit dem Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderen klimaschädlichen Gasen so weiter machen wie bisher. Vor allem die Ärmsten der Armen werden darunter leiden. Für mich war das besonders sichtbar in meiner Zeit in Mittelamerika, ich habe einige Zeit als Arzt in Guatemala gearbeitet und habe dort auch die bittere Armut in ganz Mittelamerika gesehen. Für mich besonders schockierend war der Besuch der Slums in Managua, der Hauptstadt von Nicaragua. Dort lebten die Menschen nicht einmal in Wellblechhütten, sondern in Hütten aus Pappe. Zusammengenagelt aus Holzlatten und mit Pappe abgedeckt und natürlich regnet es auch in Nicaragua und es gibt Stürme. Diese Stürme und extreme Wetterereignisse nehmen durch den Klimawandel zu und die Ärmsten der Armen sind besonders gefährdet. Hunderte Millionen von Menschen werden ihren Lebensraum verlieren und wir werden eine Flüchtlingswelle bekommen, die das was wir bisher erleben in den Schatten stellt. Deswegen müssen wir unbedingt handeln. Aber dies ist auch ein Beispiel für die dringende Notwendigkeit gemeinsamen europäischen Handelns. Deutschland alleine kann den weltweiten Klimawandel nicht bekämpfen. Wir brauchen gemeinsames Handeln in der Europäischen Union. Erstens weil nur eine einheitliche Stimme Europas im weltweiten Konzert, z.B. mit den USA und China Gewicht hat. Das habe ich als Teilnehmer an vielen Klima-Konferenzen selbst erfahren, und zweitens, weil wir gemeinsam besser die Treibhausgase bekämpfen können. Schadstoffe machen nicht an der Grenze halt und deswegen kann ein gemeinsames europäisches Handeln hier nur sinnvoll sein. Drittens sorgen wir dadurch auch dafür, dass in unsere wichtigsten Wettbewerber, das sind nämlich unsere Nachbarstaaten in der Europäischen Union, die gleichen Rahmenbedingungen haben wie wir und das durch Klimaschutz Arbeitsplätze entstehen und nicht vernichtet werden.

Meine Damen und Herren, eine Frage die uns in Brüssel natürlich in dieser Woche sehr intensiv beschäftigt und besorgt, ist die anstehende Volksabstimmung in Großbritannien über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland von 67 % befürwortet laut einer Umfrage (ZDF-Politikbarometer) den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Ich gehöre auch dazu. Vielleicht mag der eine oder andere gerade vor dem Hintergrund der Sozialpolitik denken, wenn die Briten nicht mehr dabei sind, dann wird es besser sein, weil bei dem Ausbau von gemeinsamen Sozialvorschriften in Europa, Großbritannien natürlich oft gebremst hat. Aber ich glaube es gibt gewichtige Gründe für den Verbleib. Erstens ist Großbritannien ein Nettozahler. Es wird oft vergessen, da Margaret Thatcher ja einen Rabatt ausgehandelt hat, trotzdem zahlt Großbritannien wesentlich mehr in den EU-Topf ein, als es herausbekommt. Wenn sie ausscheiden, müsste das gegebenenfalls durch andere, auch durch Deutschland, ausgeglichen werden. Zweitens ist Großbritannien, obwohl es lange nicht mehr die Bedeutung hat wie vor 50 Jahren, immer noch ein wichtiger Türöffner in vielen Regionen der Welt. Wenn ein Brite mit Australiern, Kanadiern oder Amerikanern redet, ist es manchmal einfacher, als wenn dies nur Deutsche und Italiener tun. Großbritannien würde bei einem Austritt aus der EU sehr viel verlieren. Präsident Obama hat ja klar gestellt, dass Großbritannien keinesfalls ein privilegierter Partner bleiben würde. Nur in der EU sind sie wichtig. Aber sie sind eben auch wichtig. Die wirtschaftlichen Verluste eines Brexits wären für Großbritannien größer als für den Rest Europas, aber sie wären auch für uns da. Deshalb hoffe ich, dass das Referendum gut ausgeht. Ich bin entsetzt über die Schärfe der Debatte, die möglicherweise auch zu dem schrecklichen Mord an der Labour-Politikerin Jo Cox

beigetragen hat. Wenn die Briten aber am nächsten Donnerstag für den Brexit stimmen, dann müssen wir dies akzeptieren und auch konsequent durchziehen. Es darf dann keine Neuverhandlung über einen Beitritt zu verbesserten Bedingungen geben und auch keine Partnerschaft in der Großbritannien dann nur die Vorteile und nicht die Nachteile hat. Der Austritt Großbritanniens wird uns wehtun, aber er wird Großbritannien noch mehr wehtun und das muss auch eine Warnung an andere Länder sein, die vielleicht über einen Austritt spekulieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch heute möchte ich nicht über die Herausforderungen in Europa und damit auch für das Europäische Parlament sprechen, ohne die Flüchtlingskrise zu erwähnen. Es hat sich eine Menge geändert, aber das Problem ist noch nicht endgültig und nachhaltig gelöst. Im Moment haben wir für unsere Kommunen eine Atempause. Es ist aber noch nicht klar, was der wichtigste Grund dafür ist. Ist es die Wetterlage, die eine Überfahrt über die Ägäis besonders gefährlich macht? Ist es die Schließung der Balkanroute oder sind es schon die Auswirkungen unserer gemeinsamen Politik, die Aktivitäten der NATO in der Ägäis und das Abkommen zwischen EU und Türkei? Ziel muss es sein, die Flüchtlingszahlen auf Dauer auf einem erträglichen Niveau zu halten und den Schleppern das Handwerk zu legen. Gleichzeitig müssen wir aber ganz dringend, Perspektiven für die Menschen in den Herkunftsländern schaffen. Dies ist eine Herausforderung für Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte. Kein Mensch, der ein bisschen Herz hat, möchte, dass die Menschen verhungern, erfrieren oder auf dem Weg nach Europa ertrinken. Aber kein Mensch, der ein bisschen Verstand hat, kann befürworten, dass alle, die in ihrer Heimat keine Perspektive sehen, nach Europa oder gar nach Deutschland kommen. In der Flüchtlingskrise haben wir schmerzhaft erfahren, wie gefährlich es ist, allein auf nationale Lösungen zu setzen. Über viele Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, hat Deutschland eine europäische Lösung in der Flüchtlingsfrage abgelehnt. Noch im Oktober 2013 sagte der damals amtierende Bundesinnenminister Friedrich, als dreihundert Menschen im Mittelmeer vor der italienischen Insel Lampedusa ertrunken sind: "Lampedusa liegt in Italien". Er wollte damit ausdrücken, dass das nicht unser Problem ist, sondern die Italiener sich darum kümmern müssen. Nach dieser falschen Einstellung haben viele unserer europäischen Nachbarn in den letzten Monaten gehandelt und haben gesagt: "München oder Passau liegt in Deutschland" und sich geweigert, an einer europäischen Lösung mitzuwirken. Es ist falsch, wenn osteuropäische Mitgliedstaaten zwar gerne das Geld aus Brüssel akzeptieren, aber bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht mithelfen. Es war aber auch falsch, wenn deutsche Politiker Jahre lang gesagt haben, das Problem liegt in Griechenland oder Italien und wir haben damit nichts zu tun. Wir sollten aus den Fehlern lernen und Fragen, die ein Land auf Dauer nicht alleine lösen kann, von Anfang an europäisch angehen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte zum Schluss kommen und es ist mir wichtig, bei all den Problemen, die wir haben und die einem schon einmal die Laune verderben können, auch auf etwas Grundsätzliches und zwar grundsätzlich Positives hinzuweisen. Die Flüchtlingskrise hat uns allen viel abverlangt. Viele andere Probleme müssen gelöst werden. Aber gerade angesichts der Probleme in der Welt müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, welches Privileg es nach wie vor ist, in Deutschland oder in Mitteleuropa zu leben. Die vielen Flüchtlinge wollen nach Europa, weil in ihren Heimatländern Krieg und/oder Hunger herrschen. Krieg und Hunger waren auch in Deutschland und Europa der Normalzustand. Heute vor 70 Jahren lag Deutschland und lag Europa in Schutt und Asche. Die Menschen wussten nicht, wie sie das Essen für den nächsten Tag zusammen bekommen sollten. Als Mitglied der CDU

und möglicherweise gibt es in anderen Parteien ähnliche Beispiele, ist für mich besonders beeindruckend, die Geschichte um das Neheim-Hüstener Programm. Hier in Neheim-Hüsten versammelten sich ziemlich genau vor heute vor 70 Jahren die Mitglieder der CDU in der britischen Zone unter Vorsitz des damaligen Vorsitzenden und ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Köln, Konrad Adenauer. Warum hat es die Mitglieder der CDU aus der ganzen britischen Zone, also nicht nur NRW sondern darüber hinaus, inklusive dem stolzen Kölner Konrad Adenauer nach Neheim-Hüsten verschlagen? Weil dies der einzige Ort in der britischen Zone war, das Karolingen Hospital in Hüsten, wo man überhaupt genug zu essen für die Teilnehmer sicherstellen konnte. Dort wurde das Neheim-Hüstener Programm erarbeitet, übrigens ein Programm indem die Sozialpolitik eine wichtige Rolle gespielt hat und es wurde eine Vision über den Wiederaufbau Deutschlands und Europas erarbeitet. Wir sollten uns schämen, wenn wir angesichts der heutigen Probleme resignieren und auf die Menschen von damals schauen. Sie sollten uns Vorbild sein, dass man auch in einer Zeit mit allergrößten Schwierigkeiten etwas neues, positives schaffen kann. In dieser Zeit entstand auch die Idee für das vereinte Europa. Der französische Außenminister Robert Schumann und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer haben diese Idee, die von vielen vorbereitet wurde, unter anderem von dem in Neheim geborenen Pfarrer Franz Stock, der viel für die deutsch-französische Aussöhnung geleistet hat, aufgegriffen und in praktische Politik umgesetzt. Das vereinte Europa hat uns eine in der Geschichte nie gekannte Phase von Stabilität und relativem Wohlstand gebracht. wenn wir uns in der Welt umsehen, wissen wir das das keineswegs selbstverständlich ist. Wir sollten immer daran denken und aufpassen, dass dieses gemeinsames Europa nicht von Nationalismus oder von Extremismus von links und rechts gefährdet wird.

Ich wünsche dem Fusionsbezirkstag der KAB-Bezirke Hamm-Soest-Unna und Hochsauerland ein gutes Gelingen, dem neuen Vorstand viel Erfolg und dem dann fusionierten neuen KAB-Bezirk „Hellweg-Sauerland“. Ein erfolgreiches Wirken.